

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

März / April  
2016

## EDITORIAL



von Heidrun Angermann

## Wie weiter nach den Wahlen?

Manche sprachen von einem überwältigenden Wahlsieg der AfD, ich finde, das war er nicht. Keiner liegt überwältigt am Boden.

Wir sollten jedenfalls so weitermachen. Das bedeutet bei uns ja sowieso nicht, nach Schema „F“ weiterwursteln, wir werden weiter neue Vorschläge machen, uns von Illusionen verabschieden müssen, Fehler korrigieren und uns auch mal drüber streiten, was denn nun gerade richtig oder falsch ist.

Was wir gewiss nicht machen dürfen, sind Zugeständnisse an unsolidarisches, menschenverachtendes Verhalten.

Es ist richtig, wenn wir im Stadtrat, in Ortsbeiräten und in allen möglichen Gremien weiter unsere soziale, die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen in unserer Stadt im Blick behaltende Politik verfolgen und wo möglich in Handlungen umsetzen.

Was wir vielleicht verbessern könnten, ist das Bekanntmachen von Erfolgen, die wir erzielt haben, guten Entscheidungen, die ohne uns so nicht ausgefallen wären.

Ich wünsche jedenfalls allen viel Kraft für die Arbeit, die immer vor uns liegen wird.

Heidrun Angermann ist Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden

[heidrun.angermann@dielinke-dresden.de](mailto:heidrun.angermann@dielinke-dresden.de)

## Jeder Tag müsste Frauentag sein!

von Sarah Buddeberg

Den internationalen Frauentag am 8. März haben wir im Stadtverband wieder mit einer Fülle von Aktionen und Veranstaltungen begleitet. Darunter ein sozialistischer Liedernachmittag mit Uli Reinsch im Haus der Begegnung, Blumenverteilen mit Botschaft im Ortsverband West, ein interkulturelles Frauenbegegnungscafé, ein politischer Infostand mit Hinweis auf bestehende Lohnungleichheiten sowie eine große Straßenaktion mit Demo mit dem Frauentagsbündnis.

In diesem stadtweiten Bündnis verschiedener feministischer Vereine und Initiativen herrschte bereits beim ersten Vorbereitungstreffen schnell Einigkeit darüber, dass die Internationalität des Tages wie auch die Forderungen im Mittelpunkt stehen sollen. Unter dem Motto „Frauenrechte grenzenlos“ lief eine Demo durch die Innenstadt und mündete in einer großen Straßenaktion auf der Prager Straße. Die Rednerinnen, darunter auch Gleichstellungsministerin Petra Köpping (SPD), verwiesen auf die oftmals schwierigen Bedingungen in Asylunterkünften für Frauen und die teils traumatischen Erlebnisse während der Flucht. In Gesprächen vor Ort stand somit immer die Frage im Zentrum, was können wir hier tun, um die Situation gerade auch für Frauen auf der Flucht aber vor allem auch hier in Dresden zu verbessern. Wie bereits im letzten Jahr konnten wir auch diesmal wieder ein breites Bündnis zusammentrommeln und gemeinsam mit den Partnerparteien im Stadtrat LINKE, SPD und Grüne einen gemeinsamen Aufruf und Flyer gestalten.

Den zweiten Themenschwerpunkt bildete die nach wie vor bestehende gravierende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern. Frauen verdienen im Schnitt 21,6 % weniger als Männer – mehr als ein Fünftel. Umgerechnet in Tage bedeutet das: Frauen müssten bis einschließlich zum 19. März 2016 kostenlos weiterarbeiten, um das gleiche Jahresgehalt 2015 zu erhalten. An dieser Lohnlücke hat sich seit Jahren nichts geändert. Damit liegt die Bundesrepublik auf einem der letzten Plätze im europäischen Vergleich. Im Durchschnitt verdienen Frauen in der EU 17 % weniger als Männer. Hintergrund der Lohnunterschiede ist unter anderem, dass typische „Män-



Von links nach rechts: Anja Eichhorn, Sarah Buddeberg, Anja Apel, Claudia Jobst, Pia Barkow und Jenny Keck von der Dresdner LINKE  
Fotos: Anton Hörtels

nerberufe“ in aller Regel deutlich besser bezahlt werden als typische „Frauenberufe“. Dafür sorgen weniger Unterschiede bei der Ausbildung oder dem Grad an Verantwortung, sondern vielmehr überkommene Rollenzuschreibungen. Müsste die Arbeit von ErzieherInnen nicht mindestens genauso viel wert sein wie die von Industrie-ElektronikerInnen? Hinzu kommt, dass Frauen nach wie vor deutlich häufiger familienbedingt im Beruf kürzer treten. Der Wiedereinstieg ist in aller Regel mit lange nachwirkenden Einbußen bei der Lohnentwicklung im Lebenslauf verknüpft.

An dieser Lohnlücke ändert sich seit Jahren – nichts! Umso wichtiger ist es, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, die Menschen zu informieren, im Betrieb eine gleiche und transparente Bezahlung einzufordern, Lohnunterschiede nicht hinzunehmen und sich für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einzusetzen. Darauf aufmerksam gemacht haben wir mit unserem Infostand am Trachenberger Platz in Pieschen. An alle Frauen wurden „halbe Lohntüten“ verteilt, der Inhalt: ein halbes Doppeltes, ein einziger „Nimm-Zwei“-Bonbon, eine halbe Möhre. Ein Hinweis darauf, dass Frauen bei



gleicher und gleichwertiger Arbeit deutlich weniger in der Lohntüte haben als ihre männlichen Kollegen.

Mit sehr viel Zuspruch der Passantinnen wurden die „Frauentagsgeschenke“ angenommen und unsere Forderung unterstützt: Wir brauchen mehr Lohngerechtigkeit, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Sarah Buddeberg  
ist Stellvertretende  
Stadtvorsitzende  
von DIE LINKE.  
Dresden



[sarah.buddeberg@dielinke-dresden.de](mailto:sarah.buddeberg@dielinke-dresden.de)  
[www.sarah-buddeberg.de](http://www.sarah-buddeberg.de)

# Für einen gesellschaftlichen Aufbruch gegen soziale Kälte und Rassismus

In einer gemeinsamen Erklärung der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger und der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, im Deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch fordern diese einen gesellschaftlichen Aufbruch gegen soziale Kälte und Rassismus. Sie erklären:

Die Landtagswahlen stellen eine Zäsur in der politischen Landschaft dar. Der Aufstieg der AfD in Deutschland und die Zunahme von Rassismus und Demokratieverachtung in ganz Europa sind Ergebnis der Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit und Wut, welche die Umverteilung des Reichtums von Unten nach Oben überall hinterlassen hat. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und guten Jobs, die Reduktion der Demokratie auf die Verwaltung von Sachzwängen sind der Nährboden, auf dem der rechte Kulturkampf gedeiht. Die schrittweise Übernahme rechter Positionen wie die von der Großen Koalition beschlossenen jüngsten Einschränkungen des Asylrechts, stärken nur die Rechten und tragen zur Aushöhlung des Grundgesetzes und der Demokratie bei.

Am Sonntag hat die sozial ignorante Politik der Großen Koalition eine deutliche Absage bekommen. Als LINKE bleiben wir dabei: Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, gegen neoliberale Kürzungspolitik und Rassismus. Unsere Verbündeten sind deshalb nicht die Akteure, die durch ihre Politik die Umverteilung von unten nach oben betrie-



ben haben, deren Politik für die Fluchursachen mitverantwortlich ist und die monatelang die Krisenstimmung in der Bevölkerung geschürt haben, weil sie sich geweigert haben, bestehende Haushaltsüberschüsse zur men-

schenswürdigen Bewältigung der großen Zahl von Flüchtlingen zu verwenden.

Als LINKE gehen wir in die konsequente Auseinandersetzung gegen rechts und werden die Erfahrungen dieser Wahlen

für einen neuen Aufbruch nutzen. Wir sind die Partei, die Erwerbslosen und Beschäftigten, denjenigen, die sich schlecht bezahlt von Job zu Job hangeln müssen und die von Altersarmut bedroht sind, tatsächliche Angebote macht: für einen höheren und ausnahmslosen Mindestlohn, für eine menschenwürdige sanktionsfreie Mindestsicherung, für sichere Arbeit und höhere Löhne, für bezahlbaren Wohnraum und Renten, von denen man gut leben kann.

Wir laden alle Menschen ein, sich mit uns gegen diesen Rechtsruck in der Gesellschaft zu stellen! Wer verhindern will, dass sich die Menschen weiter gegen einander ausspielen lassen, muss anfangen, die Bedingungen zu ändern, die der Spaltung, dem Zynismus und dem Hass in die Hände spielen. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus gehört zusammen. Es geht deswegen jetzt um eine Bewegung auf den Straßen, in den Stadtteilen, auf dem Land - für eine solidarische Gesellschaft für alle. Für eine Zukunft, für die es sich lohnt zu kämpfen und eine Demokratie, die wieder begeistern kann.

## Zweiter Teil zur Vereinigung von KPD und SPD vor 70 Jahren

# „Brüder in eins nun die Hände..“

von Reinhard Balzk

Weitere ins Feld geführte Argumente, die aus dem anderen Teil Deutschlands kamen, waren: Die Vereinigung darf einem künftigen einigen Deutschland nicht vorgreifen sowie eine Ur-Abstimmung der Mitglieder. Auch Otto Grotewohl, als Mitglied des in der Illegalität 1936 autorisierten Zentral-Ausschusses der SPD war sich unsicher über den Zeitplan, etwa im Dezember 1945 schwenkte er auf eine schnelle Vereinigung ein. Die Westmächte orientierten mit Adenauer auf eine bürgerliche Republik in Deutschland und verhinderten mit Schumacher eine Gesamtdeutsche Sozialistische Einheitspartei. Bereits hier ist der "kalte Krieg" eröffnet worden, den der britische Premier Churchill in seiner berühmten Fulton-Rede erklärte.

Trotz aller Gegenwirkung, die Mitglieder stimmten, basisdemokratisch, für einen Prozess der schnellen Vereinigung:

- es gab ein Aktions-Einheitsabkommen von SPD und KPD, der Vorstände und an der Basis, regelmäßige gemeinsame Beratungen, 60er-Konferenzen, in Dresden eine Konferenz der 3000 im Göhlewerk, ein manifestierter Wille zur Einheit,

Es gab den Aufbau der neuen Verwaltung, mit paritätischer Besetzung der Funktionen und der öffentlichen Ämter sowie des Personals, bei gleichzeitiger Entlassung aller belasteten NSDAP-Mitglieder, die Einleitung der ersten Prozesse gegen Nazi-Verbre-

cher, wie die gegen die Schergen des Radeberger „Arbeits-Erziehungslagers“ oder der SS-Aufseher des KZ-Lagers bei der Universelle auf der Flora-Straße, Das karge Leben wurde gesichert, unter den schweren Nachkriegsbedingungen und dem harten Winter 1945/46, die Flüchtlinge erhielten ein Dach über den Kopf, die Lebensmittelversorgung sicherten Anweisungen von Mikojan (führendes Mitglied des sowjetischen Kriegsrates) aus Armeebeständen und mit Armeefahrzeugen von Radebeul aus, die Antifaschisten mobilisierten alle Reserven,

Die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform, Junkerland in Bauernhand, eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande von historischer Dimension, die Entmachtung des Adels.

In vier theoretischen Konferenzen in Ottendorf, Döbeln, Freiberg, Meißen sind grundsätzliche gesellschaftswissenschaftliche und praktische Erfordernisse beraten damit auch Grundlagen für eine programmatische Ausrichtung erarbeitet worden, Hermann Matern orientierte auf eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und die Zu-Ende-Führung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1918.

In getrennten letzten Parteitagungen beschließen die Delegierten von KPD und SPD die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (SPD:

### Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Sachsen: Historisches Erbe und aktuelle Bedeutung für die linken Kräfte.

Diskussionsveranstaltung zum 70. Jahrestag des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD in Sachsen im Haus der Begegnung in Dresden

Donnerstag | 7. April 2016 | 17 Uhr | Haus der Begegnung | Saal

617 Delegierte, von 50 Leipzigern sollen 5 oder 6 dagegen votiert haben)

Ohne die Deformierungen des demokratischen Zentralismus in der SED in der späteren Zeit zu übersehen: Die Bildung der Einheitspartei war eine Voraussetzung für die Vorbereitung des Volksentscheides zur Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen, des Aufbaues der antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft und der Gründung der DDR. Das wird für immer eine historische Leistung in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse bleiben. Im Umkehrschluss ergibt sich die Frage, warum in der alten Bundesrepublik nicht mit gleicher Konsequenz die Wurzeln des Faschismus liquidiert wurden. Antwort: weil neben dem Willen der westlichen Militärregierungen eine solche starke Kraft gefehlt hat... Für heutige Linke sind die Vorgänge

von damals nicht wiederholbar, die programmatischen Vorstellungen, ihr politisches Credo, liegen weit auseinander, die Animositäten sind vor allem in der Führungsebene nicht zu übersehen. Und trotzdem: Die militärische Gefahr durch die Ansprüche der von den USA geführten Nato, ihre wirtschaftlichen Interessen, die mit TTIP durchgesetzt werden sollen, die schlimmen ökologischen Gefährdungen des Lebens auf der Erde sind so bedrohlich, dass die Vernunft wachsen muss. Nur eine starke Kraft, links von den Neoliberalen, wird gebraucht, die auch lernen wird, koordiniert vorzugehen. Mit großem Interesse und Respekt wird die Politik der Dresdner Stadtratsfraktionen, links von der CDU verfolgt. Unvoreingenommene, auch aus der Geschichte lernende Politik wird eine adäquate Lösung der globalen Probleme ermöglichen, anfangen kann man auch auf lokaler Ebene.

# Deutschland driftet nach rechts

von Jens Matthis

Bereits im Vorfeld war der Wahlsonntag in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zum Super-Sunday ausgerufen worden. Eine Anspielung auf den Super-Tuesday, jenen Dienstag Anfang März, an dem in mehreren Bundesstaaten gleichzeitig die Vorwahlen für die amerikanische Präsidentschaftswahl stattfinden und von dem mancher sich das Herauskristallisieren der Favoriten erhofft. Nun sind Landtagswahlen in Deutschland keine „Vorwahlen“, sondern eigenständige Wahlen zu Landesparlamenten. Die Begriff deutet aber daraufhin, dass sie immer mehr vor allem als Stimmungstest für die Bundespolitik wahrgenommen werden. Und als solcher hat er ja auch seine Wirkung gezeigt.

Seit die Wahllokale geschlossen wurden und die ersten Trendmeldungen über die Bildschirme flimmerten, sind die Wahlen ausgiebig kommentiert und ausgewertet worden. Das Meiste muss hier nicht wiederholt werden. Von einem Erdbeben war die Rede, von einer grundlegenden Veränderung des Parteiensystems, vom Ende der alten Bundesrepublik gelegentlich und es wurden auch Parallelen zur Weimarer Republik gezogen.

Wenngleich auch die eine oder andere gewundene und verquaste Erklärung nicht fehlte, wurde insgesamt doch viel weniger Schönrederei als sonst betrieben. Niederlagen wurden eingeräumt. Es gab einen kleinen und einen großen Gewinner, der kleine war die fast tot geglaubte FDP, die überall wieder zulegen konnte, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wieder sicher in den Landtag kam und dies in Sachsen-Anhalt nur knapp verfehlte. Mehr gesprochen wurde über den großen Gewinner, die AfD, die aus dem Stand mit zweistelligen Ergebnissen in den beiden südwestdeutschen Landtagen jeweils drittstärkste Partei wurde und mit fast einem Viertel der Wählerstimmen in Sachsen-Anhalt sogar zweitstärkste Partei hinter der CDU.

Aber zweitstärkste Partei mit 24,2% gegenüber der CDU mit 29,8% stimmt nur bezogen auf alle Wähler\*innen im ganzen Land, im sächsischen Süden des Landes wurde sie stärkste Partei und holte hier fast alle Wahlkreise. Glaubt man den Meinungsforscher\*innen, wurde die AfD außerdem stärkste Partei unter den männlichen Wählern, bei den Unter-45-jährigen Wähler\*innen, bei den Arbeiter\*innen und bei den Arbeitslosen.

Etwas Vergleichbares war in der Bundesrepublik noch nie zuvor einer neuen Partei gelungen und noch nie hatte eine Partei, die sich eindeutig rechts von CDU/CSU und FDP positioniert, einen solchen Erfolg. Franz Josef Strauß' altes Mantra, es dürfe nie eine Partei rechts neben der Union geben, scheint damit hinfällig.

Neben den großen Gewinnern gibt es dann noch Wahlsieger\*innen. Die drei Ministerpräsident\*innen konnten mit ihren Parteien bei erheblich gestiegener Wahlbeteiligung jeweils Stimmengewinne erzielen, die größten der Grünen

Kretschmann in Baden-Württemberg und am wenigsten der CDU-Mann Haseloff. Doch ihr Ergebnis ist jeweils ambivalent. Dem Erfolg der eigenen Partei steht der Verlust der bisherigen Regierungsmehrheit gegenüber.

Aber auch neue Regierungsmehrheiten werden nicht so einfach zu finden sein. Eine klassische Koalition aus einer großen und einer kleinen Partei hat nirgends mehr eine Mehrheit. Deshalb begann am Wahlabend auch schon das Erfinden neuer lustiger Namen für Dreier-Koalitionen (Kenia-Koalition für CDU, SPD und Grüne; Deutschland-Koalition für CDU, SPD und FDP). Große Koalitionen sind noch in Baden-Württemberg (Grüne/CDU) und Rheinland-Pfalz (SPD/CDU) möglich, in Sachsen-Anhalt geht nicht mal mehr das. Etwas anderes als die Zusammenarbeit von CDU, SPD und Grünen ist dort derzeit nicht vorstellbar.

Die Ursache für den größten Rechtsruck in der deutschen Nachkriegsgeschichte war schnell ausgemacht bzw. bereits vorab prognostiziert. Die „Flüchtlingskrise“ war das Problem. Nur deshalb habe eine rechtspopulistische Partei wie die AfD so stark werden können. In den thematischen Wahltagbefragungen dominierte dieser Punkt, suggeriert wurde ein Quasi-Referendum über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder gar über die Kanzlerin selbst. Entsprechend glaubt mancher jetzt, durch eine restriktivere Aufnahme von Flüchtlingen, würde man den Teufel wieder in die Flasche bekommen. Ich erlaube mir Zweifel an solch einfachen Erklärungen und werfe einen Blick zu den europäischen Nachbarn:

| in % der Wahlberechtigten | Politische Linke: Sozialdemokraten, Grüne, Linke, Kommunisten | bürgerliches Lager: Christdemokraten, Liberale, Konservative | Rechtspopulisten/ extreme Rechte |
|---------------------------|---|--|----------------------------------|
| <b>Norwegen 13</b>        | <b>29</b>   | <b>29</b>  | <b>13</b>                        |
| Norwegen 09               | 32  | 20   | 17                               |
| <b>Finnland 15</b>        | <b>23</b>   | <b>33</b>  | <b>12</b>                        |
| Finnland 11               | 24  | 31   | 13                               |
| <b>Schweden 14</b>        | <b>37</b>   | <b>30</b>  | <b>11</b>                        |
| Schweden 10               | 37  | 37   | 5                                |
| <b>Dänemark 15</b>        | <b>33</b>   | <b>24</b>  | <b>18</b>                        |
| Dänemark 11               | 36  | 36   | 11                               |

In Nordeuropa gibt es seit den 80er Jahren Parteien, die mit der AfD vergleichbar sind, Fremdenfeindlichkeit und Wohlstandsrassismus waren ihre Hauptthemen. Heute stagnieren sie auf hohem Niveau in Norwegen und Finnland, während sie in Schweden und Dänemark weiter auf dem Vormarsch sind.

Noch dramatischer sieht es bei unseren Nachbarn in Mitteleuropa aus: Die Niederlande war die Geburtsstätte der „islamkritischen“ rechtspopulistischen Bewegung, die dort zeitweise noch wesentlich bedeutender war als heute. In Österreich und der Schweiz drifteten wiederum zwei vormals wirtschaftsliberale Parteien (FPÖ bzw. SVP) soweit nach rechts ab, dass sie heute dem rechtspopulistischen Lager zugerechnet werden.



Foto: Wandersmann / pixelio.de

| in % der Wahlberechtigten | Politische Linke: Sozialdemokraten, Grüne, Linke, Kommunisten | bürgerliches Lager: Christdemokraten, Liberale, Konservative | Rechtspopulisten/ extreme Rechte |
|---------------------------|---|--|----------------------------------|
| <b>Niederlande 12</b>     | <b>27</b>   | <b>36</b>  | <b>8</b>                         |
| Niederlande 10            | 27  | 34   | 12                               |
| <b>Belgien 14</b>         | <b>29</b>   | <b>51</b>  | <b>4</b>                         |
| Belgien 10                | 30  | 46   | 9                                |
| <b>Österreich 13</b>      | <b>29</b>   | <b>22</b>  | <b>22</b>                        |
| Österreich 08             | 31  | 22   | 22                               |
| <b>Schweiz 15</b>         | <b>13</b>   | <b>19</b>  | <b>15</b>                        |
| Schweiz 11                | 13  | 20   | 14                               |

Während man in Skandinavien und dem Benelux darauf hoffen mag, dass diese Bewegungen bereits ihren Zenit überschritten haben, haben wir es im Osten Mitteleuropas mit einer dramatischen Entwicklung zu tun. In Ungarn und Polen regieren mit der FIDEZ und PiS bereits rechtspopulistische Parteien das Land, die Linken sind dort nahezu bedeutungslos geworden. In der Slowakei haben verschiedene rechte und ganz rechte Parteien vor wenigen Wochen zu Lasten der Sozialdemokratie Wahlerfolge gefeiert. Und das, obwohl die Slowakei eine restriktive Flüchtlingspolitik gemacht hat, vielleicht aber auch gerade deswegen.

| in % der Wahlberechtigten | Politische Linke: Sozialdemokraten, Grüne, Linke, Kommunisten | bürgerliches Lager: Christdemokraten, Liberale, Konservative | autoritäre Mehrheitspartei | Rechtspopulisten/ extreme Rechte |
|---------------------------|---|--|----------------------------|----------------------------------|
| <b>Ungarn 14</b>          | <b>19</b>   | <b>0</b>   | <b>28</b>                  | <b>13</b>                        |
| Ungarn 10                 | 17  | 0  | 34                         | 11                               |
| <b>Polen 15</b>           | <b>4</b>  | <b>19</b>  | <b>19</b>                  | <b>4</b>                         |
| Polen 11                  | 4   | 28   | 15                         | 0                                |
| <b>Slowakei 16</b>        | <b>17</b>   | <b>17</b>  | <b>17</b>                  | <b>17</b>                        |
| Slowakei 12               | 26  | 18   | 7                          | 4                                |
| <b>Tschechien 13</b>      | <b>21</b>   | <b>27</b>  | <b>4</b>                   | <b>4</b>                         |
| Tschechien 10             | 21  | 33   | 0                          | 0                                |

Ja selbst in den westeuropäischen Kernländern Frankreich und Großbritannien, in denen es wegen des Mehrheitswahlrechtes neue Parteien besonders schwer haben, konnten die Rechten punkten. Bei den Europawahlen wurden bei geringerer Wahlbeteiligung und dem ausnahmsweise geltenden Verhältniswahlrecht die Rechtsparteien FN bzw. UKIP mit rund 25% der abgegebenen Stimmen auch hier jeweils stärkste Partei.

| in % der Wahlberechtigten | Politische Linke: Sozialdemokraten, Grüne, Linke, Kommunisten | bürgerliches Lager: Christdemokraten, Liberale, Konservative | Rechtspopulisten/ extreme Rechte |
|---------------------------|---|--|----------------------------------|
| <b>Frankreich 12</b>      | <b>27</b>   | <b>21</b>  | <b>8</b>                         |
| Frankreich 07             | 22  | 31   | 3                                |
| <b>Großbritannien 15</b>  | <b>27</b>   | <b>30</b>  | <b>9</b>                         |
| Großbritannien 10         | 22  | 39   | 2                                |

Fast überall in Europa sind in den letzten Jahrzehnten starke rechtspopulistische Parteien entstanden, zum Teil lange vor der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Europa. Ihre Wählerschaft speist sich aus mindestens drei Gruppen:

1. „rechte Nichtwähler“: Bemerkenswerterweise gehen die Erfolge am rechten Rand oft mit steigenden Wähler\*innenzahlen einher. Das ist in vielen Ländern Europas so, das war bei der NPD in Sachsen vor 12 Jahren so und das ist jetzt wieder so. Offensichtlich gibt es Wähler\*innen mit einem klaren rechten Weltbild, die üblicherweise an Wahlen nicht teilnehmen, jedoch nur darauf warten, ein entsprechendes Angebot zu bekommen

2. „radikalisierte Wähler bürgerlicher Parteien“: Die jüngsten Krisen haben viele Ängste und wirtschaftliche Verunsicherungen, gerade auch für die sogenannten Mittelschichten mit sich gebracht. Schwindet dann das Vertrauen in das Führungspersonal, werden rechtspopulistische Parteien attraktiv, weil sie sich im Unterschied zu ausgesprochen rechtsextremen Parteien meist eher bürgerlich geben.

3. „beständige Protestwähler“: Viele Menschen nutzen Wahlen vor allem zum Protest gegen Verhältnisse, mit denen sie unzufrieden sind. Solche Wähler\*innen sind dann nicht unbedingt politisch festgelegt, mal wählen sie DIE LINKE, mal die AfD, je nach dem, welche Partei gerade medial am interessantesten ist. So entstehen dann die berühmten Wählerstromanalysen, die große Bewegung zwischen LINKER und AfD zeigen. Man muss sich keine Sorgen machen, das Stammwähler\*innen abwandern, aber auch der Verlust von Gelegenheitswählern ist für DIE LINKE schmerzhaft.

Fazit: Die „Flüchtlingskrise“ mag der Auslöser des Rechtsruckes sein, die Ursachen liegen tiefer. Es ist kein bundesdeutsches Phänomen sondern ein europäisches

# Eine Alternative für Deutschland?

Auszüge aus dem Wahlprogramm der AfD

von Pia Barkow

Wie zu erwarten zog die AfD bei den Landtagswahlen in alle drei Landtage ein, doch das Ergebnis in Sachsen-Anhalt lag noch deutlich über den Prognosen. Mit 24% erzielte die AfD hier das beste Erst-Ergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt. Mit den rechtspopulistischen Parolen, der vehementen Anti-Establishment-Kritik und ihres Anspruchs, als einzige ‚Alternative‘ die eigentlichen Interessen „des Volkes“, der Abschottung bis hin zur Hetze gegenüber Geflüchteten, konnte sie anscheinend bei knapp einem Viertel der Wähler\*innen punkten – sei es als Protest, als Denkzettel an die Bundesregierung, oder als Ausdruck der Unzufriedenheit gegenüber den „etablierten Parteien“. Bei der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik – dem Hauptthema der drei Wahlen – verkündet die AfD regelmäßig und lautstark, was sie nicht will. Doch was will sie denn eigentlich? Hierzu einige Auszüge aus Wahlprogrammen und Aussagen der Parteiführung.

Familienbild: Die AfD-Chefin Frauke Petry will das „Schrumpfen als deutsches Volk“ verhindern, indem Eltern drei Kinder bekommen. Um dieses Wunschbild einer deutschen Familie zu etablieren, will die AfD „[...] auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken und auch im Bildungsbereich Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden.“ (Wahlprogramm

BaWü, S.29). Diese Forderung zeigt, die AfD will die Realität der Familienleben, also die ganze Vielfalt, die an Familienkonstellationen existiert, nicht wahrhaben und ist sogar bereit, in die Pressefreiheit einzugreifen, um ihre einseitigen Vorstellungen zu verbreiten.

Zum Thema Gleichstellung ist die AfD ähnlich deutlich: “[...] Frauenquoten,



Foto: DIE LINKE. Kreisverband Main-Kinzig

Gleichstellungsbeauftragte und staatliche Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab.“ (Wahlprogramm BaWü, S.6). Zudem befürwortet die AfD eine Volksabstimmung zum Verbot von Abtreibungen, denn: „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, so Frauke Petry im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung. Das ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz,

welches die Gleichberechtigung festlegt und den Auftrag zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter klar formuliert. Quoten und Gleichberechtigungsbeauftragte sollen zur Verwirklichung beitragen. Das Verbot von Abtreibungen würde die erkämpfte sexuelle Selbstbestimmung von Frauen rückgängig machen und zudem die Gefahren von illegalen Abtreibungen in Kauf nehmen.

Diese Forderung zeigt, die AfD will Frauen auf ihre Rolle als Mutter reduzieren.

Zum lange erkämpften und nun endlich eingeführten Mindestlohn sagt die Bundesvorsitzende Petry: „Wir sind gegen einen gesetzlich festgelegten allgemeinen Mindestlohn.“ Auch, weil die AfD davon überzeugt ist, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet.“ (Europawahlprogramm der AfD 2014, S.14). Das Gegenteil ist der Fall: ein Jahr nach

Einführung des Mindestlohns stellt das Statistische Bundesamt fest: 3,6 Millionen Menschen profitieren von der Lohnuntergrenze, Arbeitsplatzverluste aufgrund des Mindestlohns konnten nicht festgestellt werden. Mit der Abschaffung des Mindestlohns würde der bereits heute europaweit größte Niedriglohnsektor weiter ausgebaut und damit Lohn- und Altersarmut weiter verschärft.

In Sachsen-Anhalt will die AfD die Lehrpläne überarbeiten, mit dem Ziel, dass im Schulunterricht weniger über die Nazi-Zeit geredet wird „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“ (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S.1). Den Nationalsozialismus als „Unglücksjahre“ zu verharmlosen, ist schlicht eine Verachtung der Opfer und der Folgen. Und zu guter Letzt will die AfD wieder in die Kernenergie einsteigen – aller neuen Analysen zum Trotz, die Erneuerbare Energien nicht nur als deutlich sicherer und sauberer bezeichnen, sondern auch deutlich billiger. Zur Frage der Entsorgung des radioaktiven Abfalls hingegen kommen von der AfD keine Vorschläge.

Die Liste könnte noch fortgeführt werden, doch zeigt bereits dieser kurze Auszug deutlich, mit was für einer reaktionären Partei wir es zu tun haben.

Neumitgliedertreffen der LINKEN Sachsen

## Eintritt frei

von Katharina Hanser

Schon in meiner Jugend spürte ich schnell, dass mein Herz „links schlägt“. Damals bestanden meine politischen Aktivitäten jedoch meist aus dem Anbringen von Antifa-Spuckis oder dem Beseitigen von NPD-Plakaten. Die politischen Sturm- und Drangzeiten wichen einem mit dem Studium einhergehenden Bildungshunger. Nun, in den Zeiten der Europa-, Griechenland-, Ukraine- und Flüchtlingskrise wurden sie wieder neu entfacht und bewegten mich zu meinem Eintritt in die Partei DIE LINKE. Aufgrund meines Wohnortes meldete ich mich im OV Dresden West an und erhielt in Kürze verschiedene Anlaufstellen für eine Kontaktaufnahme. So lud mich auch Uwe Baumgarten, der Vorsitzende, zu einem ersten Gespräch in griechischem Ambiente ein. Dies lockerte das Kennenlernen erheblich auf und gestaltete sich, rückblickend betrachtet, mit gutem Essen, Ouzo und politischen Gesprächen, sehr sympathisch und einladend. Der erste Überblick zu Parteiangeboten und -struktur war zunächst erdrückend, aber zu erwarten. Es war ein glücklicher Umstand, dass kurz nach dem Eintritt die Gelegenheit kam, am Tag der Neumitglieder teilzunehmen.

So ging ich am 27. Februar 2016 früh mit einem leicht aufgeregten, links schlagenden Herzen zum Gewerk-

schaftshaus in Dresden. Bereits beim Eingang begegnete man freundlichen Gesichtern und fühlte sich vertraut. Zufrieden registrierte ich auch das Vorhandensein von Kaffee und Essen, um gleich darauf Platz zu nehmen und der Eröffnungsrede des Landesvorsitzenden Rico Gebhardt zu lauschen. Das World Café gab mir die Möglichkeit, verschiedene landesweite Zusammenschlüsse (LwZ) kennenzulernen. Grundsätzlich gefiel mir die Methode des Speed-Datings, jedoch war der Zeitrahmen zu kurz bemessen und oft reichte es nicht für vertiefende Fragen und Erörterungen. Nach diesem aktionsreichen Beginn, konnten wir Neumitglieder an mehreren Flipcharts unsere Beweggründe für den Eintritt, unsere Wünsche an die Partei sowie unsere Vorstellungen bzw. unsere Sicht zur Partei formulieren. Die Partei zeigte sich, nach diesem ersten Teil des Tages, aus meiner Sicht dynamisch und pulsierend: verschiedenste Persönlichkeiten, hoch engagiert und motiviert, etwas für ihre Mitmenschen und damit auch für sich selbst zu tun. Die Mittagspause war getrieben von der Suche nach Nahrung. Ein solidarischer Gruß in Form von Wurst, Brot, Käse und Aufstrich rettete mich aus der Notlage eines ausverkauften Essensangebotes und einer langen Dönerschlange – herzlichen Dank an dieser Stelle an die



Foto: Max Kretzschmar

mir unbekanntem Genossen und Genossinnen! :-)) Am Nachmittag gab es dann Informationen zur Funktionsweise und Struktur der Landespartei. Besonders gut hat mir das Quiz gefallen. So erfuhr man, dass neben den politischen Aktivitäten, scheinbar viele Mitglieder auch dem Genuss von Rotwein und Tabak frönen. Die Neumitglieder nutzten die Chance, um auf Defizite oder Probleme hinzuweisen, gerade im Hinblick auf starre und konventionelle Parteistrukturen, Generationsprobleme oder fehlende Kontaktaufnahme. Es zeigte sich, dass Probleme vorhanden sind, aber auch angesprochen sowie gelöst werden können. Der Einblick durch die Abgeordneten bestätigte mir, dass Politik in erster Linie für die Bürger und Menschen gemacht wird – diese „echte Politik“ ist für mich ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der LINKEN innerhalb der politischen Landschaft. Insgesamt war es ein sympathischer Ersteindruck

mit verschiedenen Anknüpfungspunkten und grundlegenden Informationen. Es gab nur einen Punkt, der mir persönlich nicht gefiel: Des Öfteren konnte ich anhand von Mimik und Gestik die Abneigung zu vorgebrachten Meinungen, Problemen oder dem Auftreten von Mitgliedern erkennen. Dies ist zu bedauern, da es die Partei vom Innern heraus schwächt. Die Empathie ist der Schlüssel zur Toleranz sowie die Achillesferse des Kapitalismus und Rassismus. Meine ukrainisch-russisch-deutsche Herkunft lehrt mich, dass die Integration und das Zusammenleben oft nur eine Sicht der Dinge ist. Daher sollten wir uns auf die linken Grundwerte besinnen – einen solidarischen, und damit zärtlichen Umgang der Völker UND der Menschen.

Katharina Hanser ist seit Februar Mitglied der LINKEN Dresden



# DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



# Bildungsbahnen gerettet!

Diese Nachricht erreichte die Fraktionsgeschäftsstelle der LINKEN am Dienstag: „Wir bedanken uns recht herzlich für Ihr Engagement zum Erhalt der kommunalen Bildungsberatung. Zudem freuen wir uns, dass Sie an unsere Arbeit bestimmte Erwartungen knüpfen, welchen wir auch aus eigenem Anspruch gerecht werden wollen, um die Bildungsberatung langfristig in Dresden zu sichern. Der uns damit zugesprochenen Rolle als bildungspolitisches Instrument der Landeshauptstadt Dresden möchten wir gern entsprechen. [...] Ihr Votum hat ermöglicht, dass dieses neutrale und kostenfreie Beratungsangebot den Dresdner Bürgerinnen und Bürgern weiterhin in hoher Qualität zur Verfügung steht.“

Was war passiert? Anfang dieses Jahres stand das Projekt Dresdner Bildungsbahnen vor dem Aus. Am 31. August 2014 war das Bundesprojekt „Lernen vor Ort“ ausgelaufen, in dessen Rahmen die Bildungsbahnen finanziert wurden. Seitdem war die kommunale Bildungsberatung durch die Landeshauptstadt finanziert worden. Es war schon damals der erklärte Wille des gesamten Stadtrates, die Bildungsberatung durch die vier Mitarbeiterinnen fortzusetzen.

DIE LINKE brachte einen Eilantrag zur Rettung der Dresdner Bildungsbahnen ein

## 12.000 x konkrete Hilfe

Was macht die Bildungsberatung in Dresden so besonders, warum können deren Aufgaben nicht von anderen Angeboten aufgefangen werden?

Wir sehen hier drei große Lücken in der Dresdner Bildungs- und Beratungslandschaft, die anderweitig nicht abgefangen werden können.

Erstens bietet die Beratung einen Raum für Kunden und Kundinnen ohne bereits bestehende Ideen über die berufliche Zukunft, um diese hier entwickeln zu können. Dieser Raum ist deshalb so wichtig, weil Beratungskund\*innen häufig nur sehr vage Vorstellungen davon haben, was beruflich überhaupt möglich ist oder was zu ihnen passen könnte.

Zweitens gibt es neben uns keine Anlaufstelle für erwerbstätige Personen ohne drohende Arbeitslosigkeit. Dabei

Das Team der „Dresdner Bildungsbahnen“ Foto: Beatrix Linge

zen. Doch der einstimmige Beschluss, die Fortsetzung der Beratung um fünf Jahre durch die Beantragung von Fördermitteln beim Europäischen Sozialfonds (ESF) sicherzustellen, führte zu keiner dauerhaften Absicherung des Projekts. Nun drohten die Verträge der Mitarbeiterinnen zum 31. März auszulaufen. Dem Eilantrag der Fraktion DIE LINKE auf Rettung des Projekts wurde durch den Oberbürgermeister

im Februar noch die Eilbedürftigkeit abgesprochen, er konnte jedoch nicht verhindern, dass der Antrag im März auf der Tagesordnung des Stadtrates stand.

Die Fraktion DIE LINKE fordert in dem Antrag die Ausfinanzierung der Stellen aus den Mehreinnahmen der Einkommenssteuer, eine Evaluierung des Projekts auch in Hinblick auf Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der

Integration geflüchteter Menschen entstehen, und die Akquise von Fördermitteln etwa aus EU-Förderprogrammen. Mit den Stimmen von CDU und SPD und gegen die Stimmen der Grünen, die das Projekt Bildungsbahnen zusammenstutzen wollten, gelang somit am 17. März die Rettung dieses wichtigen Projekts.

Für Stadträtin Anja Apel wurde mit den Dresdner Bildungsbahnen zugleich „ein erfolgreiches Konzept“ gerettet, „das bedarfsgerechte Bildungsberatung eröffnet und der jeweiligen individuellen Lebenssituation gerecht wird. Bislang wurden 12.000 Gespräche geführt, zu 60 Prozent nutzen Frauen dieses Angebot. Dabei stehen Bleibe-Perspektiven für MigrantInnen, Berufswechsel und (Wieder)-Einstiege im Fokus der Beratungsgespräche. Gemeinsam mit dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit Dresden planen die Dresdner Bildungsbahnen seit Januar 2016 im Rahmen des „Infopunktes Migration“ eine Erweiterung der Bildungsangebote für MigrantInnen zur besseren Integration in unser Bildungssystem, denn Bildung ist ein Thema für alle und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg.“

# Vollmeise auf der Bürgermeisterbank

von Thomas Feske

Seitdem die AfD im Dresdner Stadtrat sitzt ist wenig von ihr zu hören – zumindest wenn es um fundierte kommunalpolitische Forderungen geht. Und wenn sich die vier-köpfige Fraktion zu Wort meldet, dann immer deutlich an den Dresdner Verhältnissen vorbei. Auf der vergangenen Stadtratssitzung stand dann ein Antrag der AfD auf der Tagesordnung, in dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, „die Stadtverwaltung anzuweisen, [...] keine Asylbewerber mehr in städtischen Bildungseinrichtungen, insbesondere nicht mehr in Schulen und den mit ihnen verbundenen Turnhallen, unterzubringen.“ Zwar schlagen die Wellen regelmäßig hoch, wenn Turnhallen für eine andere Nutzung gesperrt sind, aber: In Dresden gibt es über 130 Turnhallen, lediglich in drei davon sind momentan geflüchtete Menschen notdürftig untergebracht. Populistische Stimmungsmache einer realitätsfremden Splitterpartei, möchte man meinen. Das Problem: Es blieb bei diesem Antrag nicht nur bei der



Foto: Max Kretschmar (Archiv)

Zustimmung durch die AfD-Stadträte. Nein, auch die CDU-Fraktion stimmte geschlossen zu. André Schollbach meldete sich in der Debatte zu Wort. Ihm lägen Informationen vor, wonach der zuständige Bürgermeister das Freiziehen dieser drei verbliebenen Turnhallen verhindere, weil sie die kostengünstigste Unterbringungsmöglichkeit darstellten.

Zuständig ist Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann – von der CDU. Also der Bürgermeister, der noch zum Jahreswechsel die teuerste aller Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete befürwortete: Container. Verhindert der Bürgermeister nun aus Kostengründen also die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten, lässt sie in drei

Turnhallen ausharren, um seiner Partei, der CDU, den Boden für fremdenfeindliche Stimmungsmache auf dem Rücken geflüchteter zu bereiten? Es wäre ein ungeheuerlicher Vorhang und wenn die Redewendung „getroffene Hundebellen“ gilt, dann servierte Vorjohann den Beweis für diese Vermutung bei laufender Sitzung vor versammelter Mannschaft. Seine Reaktion: „Herr Schollbach, Sie haben wohl eine Vollmeise!“ – untermalt mit der entsprechenden Geste, bejubelt durch die CDU-Fraktion. Der Rüge durch den sitzungsleitenden Bürgermeister Detlef Sittel wollte sich der Oberbürgermeister, der auf dieser Sitzung durch Abwesenheit glänzte, im Nachhinein nicht anschließen. Er habe Wichtigeres zu tun als sich mit Vollmeisen auseinanderzusetzen, ließ er verlauten. Vielleicht könnte er sich dann mal mit dem konkreten Verwaltungshandeln seines Finanz-Bürgermeisters beschäftigen. André Schollbach versprach: „Wir bleiben dran.“

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: [www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

März 2016

# DRUCKSACHE #3

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE, Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · [linke-fraktion@dresden.de](mailto:linke-fraktion@dresden.de) · [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)



## Mit Zitronen gehandelt.

SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

Dürfen Läden in Dresden am Sonntag öffnen? Für **André Schollbach** ist „es wichtig, der weitgehenden Kommerzialisierung der Gesellschaft Einhalt zu gebieten und den Sonntag als Tag der Ruhe und Erholung zu erhalten.“ Allerdings: Einige Grüne sind für radikale Liberalisierungen, die SPD tendiert wie wir zu weniger Einkaufssonntagen. Heute lag dem Stadtrat nach intensiven Debatten ein rot-grün-roter Kompromiss vor: ein verkaufsoffener Sonntag im Advent jedes Jahr bis 2019 und ein Rechtsgutachten, das überhaupt klärt, inwieweit Sonntagsöffnun-

gen ohne relevanten Anlass rechters sind. Kommt es zu einer negativen Einschätzung, dann fallen alle Sonntagsöffnungen. Ein Kompromiss und endlich Klarheit.

CDU, FDP und der Oberbürgermeister hatten gebetsmühlenartig immer wieder diese Klarheit für den Handel gefordert. Und dann der Paukenschlag: Dirk Hilbert ließ seinen Vertreter die Vorlage von der Tagesordnung nehmen. Klarheit schaffen - wer gehofft hatte, Dirk Hilbert würde handeln, der hatte heute tatsächlich mit Zitronen gehandelt.

### RATSSPLITTER



#### Von Braun bis Barock

SPD für Aufbau des Narrenhäusels. Das Problem: undurchsichtige Ausschreibungsmodelle und der Vorzug einer Version des Narrenhäusels aus der Nazi-Zeit. **Tilo Wirtz** rät der Politik von selbstgesetzten Denkmälern ab und warnt vor einem „Griff ins Braune“. Unser Änderungsantrag wurde allerdings abgelehnt.

### VERTAGT



#### 3. Kind beitragsfrei

Heute auf der TO, aber nicht mehr behandelt: Kita-Elternbeiträge. **Tilo Kießling** dazu: „Der Vorschlag von Finanzbürgermeister Vorjohann, Eltern mit drei oder mehr Kindern in die Tasche zu greifen, ist gescheitert. Dresden hat die Kita-Beiträge für das dritte Kind vor vielen Jahren auf Initiative der LINKEN abgeschafft und dabei bleibt es.“



„Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen“, hatte **Anja Apel** vor drei Wochen gesagt, als wir den Eilantrag auf Rettung des Projekts Bildungsbahnen stellten, denn der Stadtrat hatte sich für eine Fortsetzung des Projekts ausgesprochen, aber keine Finanzierung beschlossen. Heute wurde der Antrag beschlossen, das Projekt ist gerettet - mit Stimmen von LINKEN, SPD und CDU; gegen die Stimmen der Grünen.

Modellprojekt: Vielfalt in der Kita - von Herausforderungen zur Chance

# Ein Anfang ist gemacht

von Cornelia Eichner

Ende Februar traf sich erstmals der Fachbeirat, welcher das Modellprojekt "Vielfalt in der Kita" begleitet. Er besteht aus Vertreter\*innen der Politik und Verwaltung, die einen fachlichen Bezug zum Thema frühkindliche Bildung, Migration und Integration sowie Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte haben, um "Vielfalt in der Kita" nachhaltig in bestehende Rahmenbedingungen vor Ort einzubetten. Eingeladen wurde er von Svetlana Vishek, Projektleiterin und Ekaterina Sapega-Klein, Projektmitarbeiterin im Kolibri e.V.

Ein Organismus, egal ob der eines Menschen oder der einer Gesellschaft, bleibt nur dann lebendig, wenn er immer wieder Erneuerung erfährt, sich an immer neuen Eindrücken und Aufgaben weiterentwickeln kann. Alles andere wäre Stillstand und Stillstand bedeutet Tod des jeweiligen Organismus. Stattdessen brauchen wir kreative Ideen zu einer fortschrittlichen Ausgestaltung unserer Gesellschaft. Der Diversity-Coach Albert Kehrer sagt auch: "Kreativität braucht Vielfalt."

Migration hat schon immer stattgefunden, auch in Dresden, schon immer gab es in unseren Kindertagesstätten Kinder mit anderen kulturellen Wurzeln. Schon immer brachten sie entsprechende Herausforderungen mit sich. In den letzten Monaten verstärkte sich der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in unseren Einrichtungen

aufgrund von Kriegen und damit zusammenhängenden Fluchtbewegungen. In den nächsten Monaten werden weitere Kinder hier ankommen. Diese Kinder brauchen Möglichkeiten zur Integration, u.a. in Kindergärten. Das bringt diverse neue Aufgaben für Erziehende mit sich: Die Förderung von Mehrsprachigkeit, das interkulturelle Lernen, der Umgang mit Traumatisierungen von Kindern erfordern Kompetenzen, Wissen, Erfahrung und Kapazitäten/Ressourcen. Um dies zu fördern, brauchen dort tätige Erzieher\*innen - neben einer entsprechend guten Ausbildung - Unterstützungsangebote.

Eines dieser Angebote ist das Modellprojekt Vielfalt in der Kita des Kinder- und Elternzentrum KOLIBRI e.V., gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus. Als wesentliche Ziele dieses Modellprojektes werden die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Erzieher\*innen im Umgang mit Kindern und deren Eltern mit Migrationshintergrund, die Organisation eines nachhaltigen interinstitutionellen Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Ausbildung und Praxis sowie die Formulierung von wissenschaftlich fundierten und praxiserprobten Empfehlungen für die Erzieher\*innenausbildung im Bereich sprachliche und kulturelle Vielfalt in KiTa benannt. Umgesetzt werden diese Ziele im Modulcharakter - über mehrere Monate hinweg werden jeweils zwei Erzieher\*innen der ausgewähl-



Foto: Rike / pixelio.de

ten sechs Einrichtungen mit relevanten Wissen versorgt, in der Praxis hospitiert und zur eigenen Reflexion angeregt.

Zwei besonders spannende Erkenntnisse konnten schon durch Dr. Galina Putjata, welche das Projekt wissenschaftlich begleitet, berichtet werden: Zum einen gibt es eine überraschende Differenz zwischen Wissen und Einstellungen auf der einen Seite und tatsächlichem Handeln der Erzieher\*innen auf der anderen Seite - dieses Phänomen muss ausgeglichen werden. Zum anderen haben Untersuchungen ergeben, dass Kinder mit Kenntnis mehrerer Sprachen Denkleistungen schneller erbringen können als Kinder, welche nur eine, ihre Muttersprache sprechen.

Wesentliche Anregungen aus der Mitte des Fachbeirates sind: Die personale Situation in Kindertagesstätten muss eine solche Arbeit ermöglichen können. Ein Modellprojekt, an welchem je zwei Erzieher\*innen aus sechs Kitas teilnehmen, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, es muss eine Multiplikator\*innen-Schulung erfolgen. Die Erzieher\*innen-Ausbildung muss auf aktuelle Anforderungen ausgerichtet werden.

*Cornelia Eichner ist als LINKE-Stadträtin Mitglied des Fachbeirates und bringt sich dabei auch als Erzieherin, Erziehungswissenschaftlerin und Erzieher\*innen-Ausbilderin mit ein.*

## Auswertung der Umfrage zum Alkohol-Abgabe-Verbot

Im Februar 2016 befragte DIE LINKE Fraktion im Dresdner Stadtrat die Dresdner und Dresdnerinnen sowie die Gäste der Äußeren Neustadt. Die Befragung erfolgte per Briefwurfsendung innerhalb der Äußeren Neustadt und online. Zusätzlich konnten die Karten in einigen Kneipen und Gaststätten ausgefüllt werden.

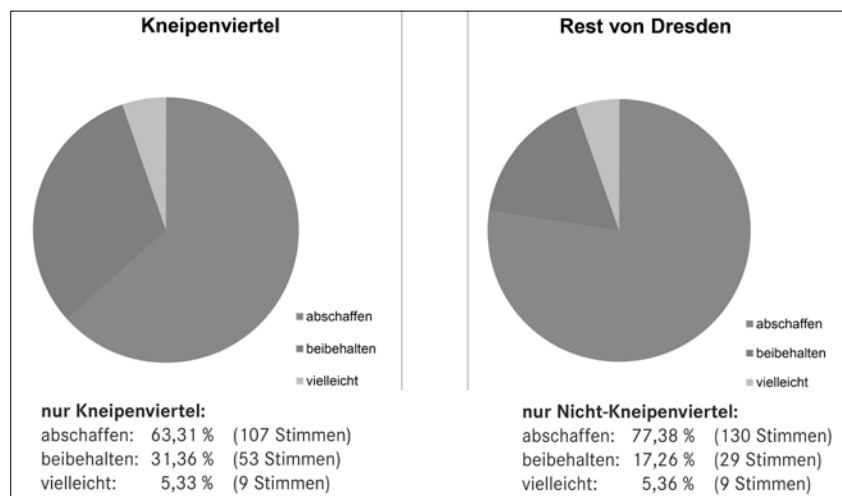
Für die Befragung war es unerheblich, ob der Wohnsitz sich in Dresden befindet. Jedoch wurde die Anschrift der Beteiligten erhoben, um die Verteilung der Antworten im Stadtgebiet feststellen zu können.

### Fazit:

Es macht einen Unterschied, ob die Beteiligten innerhalb oder außerhalb

des Kneipenviertels wohnen. Je weiter weg die Befragten wohnen, umso höher ist der Anteil der Abschaffungsbefürworter. Im Viertel selber ist der Anteil derer signifikant größer, die die Aufhebung ablehnen, und auch derer, die sich am Diskurs in Form von Bemerkungen beteiligen (wollen). Darum macht die Beschäftigung mit den Einwänden und Befürchtungen Sinn, um im Sinne eines ausgewogenen Miteinanders zu einer Entscheidung zu finden. Zudem zeigen die Beteiligung (und darin die überproportionale Kommentierfreude innerhalb des Kneipenviertels) und die öffentliche Diskussion, dass der Austausch zum Thema gewünscht und notwendig ist.

[www.linke-fraktion-dresden.de/kampagne](http://www.linke-fraktion-dresden.de/kampagne)



## StudentInnen und Kreative aus Hangzhou zu Gast in Dresden



LINKE-Bürgermeisterin Annekatri Klepsch (Bildmitte) mit den Gästen aus der Dresdner Partnerstadt Hangzhou

von Yujie Yao

Vom 23. Februar bis 7. März dieses Jahres waren 17 StudentInnen, ExistenzgründerInnen und DozentInnen von der China Jiliang University aus der Dresdner Partnerstadt Hangzhou zu Gast in Dresden.

In den spannenden zwei Wochen haben sie im Rahmen der deutsch-chinesischen Existenzgründungsakademie die HTW und die HTW-Gründungsschmiede kennengelernt. Auf dem Programm standen darüber hinaus Exkursionen zu Dresdner Unternehmen und Treffen mit jungen Dresdner ExistenzgründerInnen. Im Dresdner Rathaus wurden sie durch

die LINKE-Bürgermeisterin für Kultur und Tourismus, Annekatri Klepsch im Kulturrathaus begrüßt und über die Wirtschaftsentwicklung und die Unterstützung für Existenzgründungen durch das Wirtschaftsförderungsamt informiert. An der Hochschule besuchten die Gäste Kurse zum Thema Betriebswirtschaftslehre (BWL), Internationales Management und Gründung usw.

Das Ziel dieser Kooperation ist die gemeinsame Geschäftsentwicklung zwischen deutschen und chinesischen ExistenzgründerInnen insbesondere aus beiden Partnerstädten.

# Nazi- oder Narrenhäusel?

KOLUMNE

ganz  
hinten  
links



von Jens Matthis

Umweit des Dresdner Neumarktes, genauer auf der Schloßstraße 16, steht ein vor nicht einmal zehn Jahren errichtetes Haus, welches von den Touristen immer fleißig fotografiert wird. Eine steingemeißelte Inschrift behauptet, in diesem Haus hätte der 1736 verstorbene Baumeister des Zwingers Matthäus Daniel Pöppelmann gewohnt.

Über einen in der Bevölkerung durchaus beliebten Großgaststätten-Zweckbau an der Augustusbrücke, erbaut 1937, zerstört 1945, abgerissen 1950, wird wiederum behauptet, es handle sich um das Haus des 1757 verstorbenen Hofnarren Joseph Fröhlich. Da macht es auch gar nichts, dass das Haus ganz offensichtlich vom sogenannten Heimatschutz-Baustil des frühen 20. Jahrhunderts geprägt ist. Jetzt soll das im Volksmund so bezeichnete „Narrenhäusel“ „wiederaufgebaut“ werden. (siehe Artikel von Tilo Wirtz)

Die ebenfalls durchaus sehr beliebte Großgaststätte „Am Zwinger“, erbaut 1967 im Baustil der sozialistischen Moderne, wurde hingegen, völlig unzerstört, beginnend 1998 und vollständig 2007 abgerissen. Sie musste einem traumhaft schönen Betonriegel weichen, sowie einer Gedenkstätte für die früher dort befindliche, ebenfalls 1945 zerstörte und von 1962 bis 1964 abgetragene Sophienkirche.

Vor der Errichtung der Sophienkirche 1351 stand an dieser Stelle übrigens ein Franziskanerkloster.

Wären die DDR-Verantwortlichen bei der Namenswahl etwas cleverer gewesen und hätten den „Radeberger Keller“ lieber „Franziskanerkeller“ genannt, oder hätte der Volksmund die Gaststätte „Am Zwinger“ nicht als „Fresswürfel“, sondern als „Sophienhäusel“ bezeichnet, könnte ich jetzt glatt eine Initiative zum Wiederaufbau starten.

Einerseits denke ich, im Narrenstädtel ständen meine Chancen gar nicht schlecht, andererseits passen Narrenhäuser vielleicht einfach besser als moderne Bauten zu Dresden 2016.

von Tilo Wirtz

Im letzten Stadtrat wurde ein Antrag diskutiert, der mit „Wiederaufbau Narrenhäusel“ überschrieben war. Das Narrenhäusel war jenes Gebäude, welches sich auf der Neustädter Elbseite gegenüber dem Blockhaus auf die Rampe der Augustusbrücke schob und fast wie ein an die Brücke geklebtes Schwalbennest wirkte. Im Jahre 1755 vollendet diente es ungefähr ein Jahr seinem Namensgeber, dem Hofnarren Joseph Fröhlich, als Wohnung. Im 19. Jahrhundert äußerlich verändert, so verschwand der Steildachbereich des ursprünglichen barocken Mansarddaches zu Gunsten einer profanen Aufstockung, diente es verschiedenen Zwecken, etwa als kleines Kino und Elektrogeschäft. Da die Vorderseite des Gebäudes eigentlich Richtung Augustusbrücke zeigte, sah die Elbseite eher wie ein Hof aus, zogen sich doch auch von der elbaufwärts liegenden Bebauung der benachbarten Häuser kleine Hausgärten teils mit einer untergeordneten Hinterhofbebauung bis fast an die Elbe.

## „Die Brille“

Durch die beiden zunächst unsymmetrischen Erker auf der Elbseite an den beiden Gebäudeenden hatte das Haus auch den Spitznamen „Brille“. Erst Mitte der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die rückwärtige Bebauung auf der Elbseite beseitigt und die Fassade durch Vergrößerung des rechten Erkers idealisiert und damit im Endeffekt zur von der Brücke aus sichtbaren Hauptfassade gemacht. Nur acht Jahre nach dieser baulichen Überformung wurde das Gebäude am 13. Februar 1945 bis auf die Außenmauern völlig zerstört und 1950 restlos abgetragen.

## Barock, Gründerzeit, Heimatschutzstil

Ob der Wiederaufbau vom architektonischen Wert her geboten und aus Sicht des Denkmalschutzes nach dem Totalverlust gerechtfertigt ist, soll hier nicht erörtert werden. Außerdem ging es in dem vorliegenden Antrag eigentlich gar nicht um den Wiederaufbau, sondern um den Verkauf der nicht näher definierten Grundstücke, auf denen das Narrenhäusel stand. Der Erwerber bekommt die Verpflichtung auferlegt, das Narrenhäusel zu rekonstruieren. Nach 60 Jahren soll das Grundstück mit dem darauf errichteten Bauwerk an die Stadt zurück fallen. Welche Architektur entstehen soll, ließ der Antrag offen und ebenso die Frage, welche Art der Nutzung für das Gebäude einzuplanen ist. Meist wurde die Berichterstattung in der Presse mit den Fotos illustriert, die den baulichen Zustand von nach 1937 darstellen. Dabei ist die Umgestaltung im Heimatschutzstil der dreißiger Jahre prägend. Denkbar wäre aber auch, auf die barocke Dachform zurückzugreifen und so die Architektur zu rekonstruieren, die wesentlich länger für diese Stelle des Elbufers charakteristisch war, als die lediglich acht Jahre von 1937 bis 1945. Wie so häufig geht es aber nicht so sehr nach dem baulichen und historischen Wert des Hauses, sondern nach der Popularität der am meisten verbreiteten fotografischen Darstellung, was die von nach 1937 zu sein scheint.

## Neugestaltung auf Initiative des Nazi-Oberbürgers

Bis hierhin könnte man sich zurücklehnen, die Liebe zur Fassadenkulisse barock angeputzter profaner Massivbauten zur Kenntnis nehmen und den Dingen ihren Lauf lassen, würde eben nicht der Umstand, dass das Narrenhäusel zuletzt 1937 überformt und diese letzte Fassung auch als Vorlage für eine Wiedererrichtung dienen könnte, hellhörig machen. Bekanntlich wurde seit Anfang der dreißiger Jahre die Neugestaltung des Königsufers geplant und

ster in doppelter Hinsicht Dank für sein tatkräftiges Eingreifen auch in dieser für unser Gemeinwesen so wichtigen Frage: „Natürlich wird durch die Initiierung der damaligen Sanierung durch den Nazi-Oberbürgermeister das Narrenhäusel nicht zum Nazi-Bau. Allerdings stellt sich die Frage, ob es tunlich ist, bei einer möglichen Rekonstruktion des völlig verloren gegangenen Bauwerkes ausgerechnet auf die seinerzeitige gestalterische Überformung im Heimatschutzstil zurückzugreifen oder doch durch eine andere Version oder eine Neuinter-

Dresden-Neustadt. Blick aus einem Bogen der Friedrich-August-Brücke (Augustusbrücke) am Königsufer auf „Narrenhäusel“ und Photoatelier, um 1906



nach 1933 mit Hilfe des Arbeitsdienstes, also faktisch nicht regulär entlohnter Arbeitskräfte, umgesetzt. Dies war Anlass näher zu beleuchten, auf welche Weise das Narrenhäusel offenbar erst nach 1933 in diese Umgestaltung einbezogen worden ist. Bekannt war, dass die 1937 errichtete Ausflugsgaststätte, wo der Volksgenosse (Juden hatten keinen Zutritt und es war Swing tanzen verboten) in drei thematischen Etagen (Ordnung musste sein) deutschen Wein, deutsches Bier und deutschen Kaffee-Ersatz konsumieren konnte, Pflingsten 1937 eröffnet worden ist. Die Dresdner Neuesten Nachrichten vom 16. Mai 1937 gaben dazu auch einen entscheidenden Hinweis. Denn der Umbau des Narrenhäusels im Stile der dreißiger Jahre erfolgte auf persönliche Anordnung des damaligen Nazi-Oberbürgermeisters Ernst Zörner. Zörner, frühes NSDAP-Mitglied und als der deutschlandweit „erste Stadtrat der NSDAP“ mit wegbereitend für den deutschen Faschismus, war auf persönliche Vermittlung Adolf Hitlers hin im Jahre 1933 Oberbürgermeister in Dresden geworden. 1936/37 musste er allerdings wegen der Aufdeckung finanzieller Unregelmäßigkeiten dieses Amt aufgeben. Später fand er bei der Verwaltung des besetzten Polen eine neue Verwendung, bevor sich seine Spur 1945 für immer verlor.

## „...in dieser für unser Gemeinwesen so wichtigen Frage“

Die Dresdner Neuesten Nachrichten huldigen Pflingsten 1937 dem Oberbürgermeister Zörner im Zusammenhang mit der Eröffnung des Narrenhäusels: „und so gebührt dem Oberbürgermei-

pretation des Gebäudes gebührend Distanz zur Fassung ,37 zu wahren. Leider gibt der im Stadtrat beschlossene Antrag dazu nichts her. Nicht nur während, sondern auch vor und selbstverständlich bis heute nach der Nazizeit steht die Politik in Versuchung, sich mit dem Eingriff ins Baugeschehen ein Denkmal zu setzen und über Architektur ihr Ansehen zu erhöhen. Eine gründliche Beschäftigung auch mit Narrenhäuseln kann dazu beitragen, nicht aus Versehen „ins Braune“ zu greifen und Verbindungen zu Epochen herzustellen, die sich unglücklich genug zerstörerisch im Stadtbild Dresdens verewigt haben. Wer sich all zu sehr in die Idylle der Dresdner Schwarz-Weiß-Fotos zu verlieren droht, sollte als Kontrastprogramm in etwa Viktor Klemperers Tagebücher aus jener Zeit zu Hand nehmen. Damit wird sehr deutlich, dass gegenüber dem vielbeschworenen „genius loci“ Dresdens, also dem Geist des Ortes, der jeweils herrschende Zeitgeist nicht bagatellisiert und verdrängt werden darf. Denn der Zeitgeist war 1937 ganz und gar nicht hofnarrenhaft „fröhlich“.

## Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Tilo Wirtz, Jens Matthis, Cornelia Eichner  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog



# „Ich bin ein Mentee!“ „Bitte was?!“

Ahoi! Ich bin Chris, vielleicht habt ihr mich schon einmal gesehen, wahrscheinlich auf dem letzten Stadtparteitag, vom 23.11.2015, da wurde ich als jugendpolitischen Sprecher in unseren Stadtvorstand gewählt, an dieser Stelle noch einmal vielen Dank für euer Vertrauen! Aber ich bin nicht nur im Stadtvorstand, ich bin auch einer von 14 Mentees im Mentoringprogramm des Landesverbandes der LINKEN Sachsen. „Wer ist er in welchem Programm?“ mögen sich wohl einige - berechtigterweise - fragen. Nun, das Mentoringprogramm lässt sich vielleicht am Besten so beschreiben: Das Programm des Landesverbandes ist dazu gedacht, politisch Aktive zu vernetzen, sie weiterzubilden und ihnen einen tieferen Einblick in das politische Geschehen zu ermöglichen. Jede\*r Mentee hat hierfür eine\*n Mentor\*in. Der oder die Mentor\*in übernehmen hier die Rolle eines\*r Ratgebers\*in und sollen ihr Wissen und ihre Erfahrung an die Mentees weitergeben. Wer mein Mentor ist und was wir machen, verrate ich euch später. Aber im Mentoringprogramm wird nicht nur das Wissen des Mentors oder der Mentorin vermittelt, der Auftakt des Programmes bildete die Sommerakademie des Landesverbandes auf dem Gut Froberg bei Meißen. Ein Wochenende nicht nur um über die Erwartungen an das Programm zu sprechen, sondern auch zum kennenlernen der anderen Mentees voll mit Sommer, Sonne, Lagerfeuer, geselligen Abendrunden und vor allem vielen Workshops. Da Lernen bekanntlich ein andauernder Prozess ist, gibt es auch während des gesamten Menteeprogramms Bildungswochenenden, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, welche wir thematisch mitbestimmen können. Beispielsweise fanden schon Bildungswochenenden zu den Themen »Politische Argumentation für den Alltag« oder »Persönlichkeit und Menschenkenntnis« statt. Beim Letzteren ging es darum herauszufinden wie man selber denkt wahrgenommen zu werden (Selbstwahrnehmung) und wie man von anderen wirklich wahrgenommen wird (Fremdwahrnehmung). Ihr merkt schon, es geht nicht immer unmittelbar um Politik, sondern auch darum sich persönlich zu reflektieren und sich weiterzuentwickeln. Um einen Einblick in die Partei zu erhalten, nahmen wir im September 2015 auch am Landesparteitag in Neukieritzsch teil. Hier wurde uns der Landesparteitag in Gänze vorgestellt. Wir bekamen nicht nur den Sinn und Zweck sowie dessen Ablauf erläutert, sondern besuchten auch die Antragskommission, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, die Pressestelle, die Tagesleitung und bekamen deren Funktions- und Arbeitsweise erklärt. Natürlich konnten wir überall unsere Fragen loswerden und diese wurden auch prompt kompetent beantwortet. Wie zu Beginn schon erläutert, gehört zu jedem Mentee auch ein\*e Mentor\*in. Mein Mentor ist Enrico Stange, seit 2009 ist er Abgeordneter des sächsischen Landtages und Sprecher für Innenpolitik in der Fraktion der LINKEN. Warum ich Enrico als Mentor erhalten habe, ist eigentlich ganz einfach

zu erklären. In der Bewerbung zur Teilnahme am Mentoringprogramm sollten wir angeben, welche politischen Bereiche uns interessieren. In meinem Fall habe ich Gewerkschafts-/Arbeitspolitik und Innenpolitik angegeben und so wurde ich dann von den Betreuerinnen und Betreuern des Mentoringprogramms mit Enno »verkuppelt«. Nach einem ersten Treffen und Kennenlernen im Landtag besprachen wir wie wir zusammenarbeiten möchten und welches Projekt ich in diesem Zeitraum erarbeiten könnte. Denn genau dies soll jede\*r Teilnehmer\*in des Programmes, ein eigenes



Projekt ihrer Wahl mit der Unterstützung ihrer Mentor\*innen formulieren, bearbeiten, vorantreiben und umsetzen.

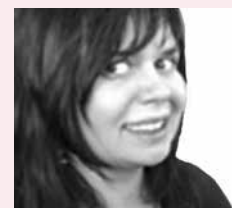
Zurzeit erarbeitet Enrico ein alternatives Sicherheitskonzept, sozusagen „wie sieht „Sicherheit“ von LINKS aus“? In diesem Rahmen werde ich mich mit den »Bodycams« (dt.: Körperkamera, wird bspw. auf der Schulter oder auf Brusthöhe der Beamt\*innen getragen, um mögliches Handeln einer Person und des\*der Polizist\*in zu dokumentieren) der Polizei kritisch auseinanderzusetzen. Zurzeit versuche ich herauszufinden, wo in Deutschland diese Kameras schon zum Einsatz kommen und bin selbst überrascht, dass die Bodycams in vielen Bundesländern, zumindest schon in einem Pilotprojekt, zum Einsatz kommen. Vorreiter ist dabei Hessen, die hessische Polizei startete dort schon 2013 eine einjährige Testphase. Mittlerweile sind die Kameras schon im ganzen Bundesland im Einsatz. Auch die Bundespolizei startete vor kurzem eine Testphase und bringt die Kameras an Bahnhöfen in Berlin, Köln und München zum Einsatz. Erkennbare Bestrebungen die Bodycams auch in Sachsen einzusetzen, sind zurzeit noch nicht erkennbar. Ein weiterer Punkt im Mentoringprogramm ist die sogenannte Beschattungsphase. Während der Einser Phase sollen wir mit der\*dem Mentor\*in im politischen Alltag für 2 Wochen unterwegs sein und sie\*ihn quasi auf Schritt und Tritt begleiten. In dieser Zeit sollen nach Möglichkeit alle Facetten aufgezeigt werden, welche der politische Alltag mit sich bringt. Ende Februar war ich mit Enrico unterwegs und habe hier seine Arbeit im Landtag verfolgt. Allerdings nicht jede

Minute des Tages, nach gemeinsamer Absprache haben wir entschieden, welche Termine am interessantesten sein könnten. Neben Sitzungen der Arbeitskreise Europa, Haushalt & Finanzen und Verfassung, Recht, Inneres und Kommune der Fraktion oder der ALEKSA-Steuerungsgruppe (Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen) durfte ich auch dem Innenausschuss des Sächsischen Landtages beiwohnen. Wenn auch leider ein trauriger Anlass, so kamen mir die Umstände bezüglich des Polizeieinsatzes um den rechten Mob in Clausnitz zugute und

so konnte ich auch die Sondersitzungen des Innenausschuss sowie des sächs. Landtages besuchen, über die Inhalte der Innenausschussung darf ich allerdings nicht berichten, da diese nicht öffentlich waren. Mir bot sich aber in allen erwähnten Sitzungen ein interessanter Einblick zur parlamentarischen Arbeitsweise unserer Fraktion. Zum Ende meiner zweiwöchigen Beschattungsphase durfte ich Enrico noch nach Berlin, zur Beratung der Europapolitischen Sprecher\*innen, im Berliner Abgeordnetenhaus begleiten. An diesem Treffen nahmen neben den Sprecher\*innen der anderen LINKEN Landtagsfraktionen auch die Europaabgeordneten Fabio de Masi und Cornelia Ernst teil. Thematisch ging es unter anderem um better regulation und REFIT (Was das ist, erklärt der DGB an dieser Stelle: <http://gleft.de/1dA>) oder um die Subsidiaritätsfrage anhand des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache.

Was jetzt noch aussteht, ist ein weiteres Bildungswochenende und die zweitägige Bundestagsfahrt mit Susanna Karawanskij und dann neigt sich das Mentoringprogramm auch schon dem Ende zu. Im Mai wird es dann ein Abschlusstreffen mit allen Teilnehmer\*innen geben, hier werden wir unsere Projekte vorstellen und das Mentoringprogramm auswerten.

Kurz zusammengefasst: Ich kann wirklich allen nur empfehlen, so es das Programm auch für 2016/2017 gibt, sich darauf zu bewerben. Es ermöglicht den Teilnehmenden einen spannenden Einblick hinter die Kulissen der Partei und der parlamentarischen Arbeit. Zudem



## Sächsische Verhältnisse: Episode 84552

von Franziska Fehst

Am 17. März 2016 wurde die Immunität der Landtagsabgeordneten Jule Nagel mit Stimmen von CDU, AfD und SPD aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat gegen fünf Vertreter\_innen des Aktionsnetzwerkes „Leipzig nimmt Platz“, die im Januar 2015 bei einer Pressekonferenz zum zivilgesellschaftlichen Protest gegen LEGIDA aufgefordert hatten, Ermittlungsverfahren eingeleitet. Drei Ermittlungsverfahren wurden unverzüglich, das gegen die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) kürzlich nach § 153 StPO eingestellt. Lediglich das Verfahren gegen Juliane Nagel wird mit Eifer fortgesetzt. Dreist sind nun nach der Abstimmung die Versuche von Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion (bspw. Henning Homann), ihr Abstimmungsverhalten zu rechtfertigen. Dabei wird sich sogar noch echauffiert, dass der SPD nun gemeinsame Sache mit der AfD vorgeworfen wird. Das ist bei weitem nur die Kirsche auf dem Scheißhaufen! Die Worte Martin Duligs, der vor ein paar Wochen noch der CDU eine Mitschuld an Sachsens Nazi-Problem gab, und damit auf Zustimmung seiner Fraktion stieß, können somit nur als leere Phrasen gewertet werden. Denn: wer für die Aufhebung der Immunität einer der aktivsten Antifaschist\_innen im sächsischen Parlament stimmt, beteiligt sich selbst aktiv an den sächsischen Verhältnissen.



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG  
E-Mail: [info@linksjugend-dresden.de](mailto:info@linksjugend-dresden.de)  
Im Netz: [www.linksjugend-dresden.de](http://www.linksjugend-dresden.de)

gibt es nicht nur die Möglichkeit an einer Vielzahl großartiger Bildungswochenenden teilzunehmen und das eigene Wissen und Können auszubauen, sondern auch diese thematisch mitzubestimmen.

Christopher Colditz ist Jugendpolitischer Sprecher im Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden



## MÄRZ

**29 Schwarz und/oder weiß? Schreibwerkstatt Gorbitz**

Bilinguale Schreibwerkstatt  
Veranstalter:  
Schreibwerkstatt Gorbitz  
17 Uhr | Schreibwerkstatt Gorbitz | Leutewitzer Ring 21

**30 BürgerInnensprechstunde mit den Stadträtinnen Cornelia Eichner und Manuela Sägner**

17 bis 19 Uhr | Bürgersaal Cossebaude | Dresdner Straße 3

**31 Mitgliederversammlung der IDS**

Thema : Aktuelle politische Lage  
19 Uhr | Alexandros | Großenhainer Straße

**Termin vergessen?**  
Mail an: [Linksblatt@web.de](mailto:Linksblatt@web.de)

## APRIL

**01 Stadträtin Dr. Margot Gai-tzsch lädt ein: Antifaschismus heute.**

19:30 Uhr | Fraktionsbüro | I/205 | 1. Etage  
Dresdner Rathaus

**02 Inklusiver Stammtisch**

15 bis 18 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**04 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 | [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**06 25 Jahre RLS Sachsen**

Empfang und Vortrag mit Dr. Uwe Sonnenberg, Berliner Historiker  
17:30 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**07 Diskussionsveranstaltung zum 70. Jahrestag des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD in Sachsen**

Gespräch anlässlich des 70. Jahrestages des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD im Land Sachsen. Welche Erfahrungen und Lehren bleiben für die Linken aktuell?  
17 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Str. 93

**09 Kobanê-Nacht mit Kultur, Tanz und landestypische Verpflegung**

Eintritt 10 € - Alle Einnahmen gehen zur Unterstützung an das Gesundheitszentrum nach Kobanê, Eine VA des Dresdner Vereins deutsch-kurdische Begegnung e.V.  
18 Uhr | Parkhotel Weißer Hirsch

**12 Fraktionssitzung**

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage  
Dresdner Rathaus

**13 BürgerInnensprechstunde mit MdL Sarah Buddeberg und Stadträtin Pia Barkow**

Thema: Gleichstellungs- und Sozialpolitik  
16 - 17 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**Digitale Revolution und gesellschaftliche Verhältnisse in Gegenwart und Zukunft**

Vortrag und Diskussion mit Horst Kahrs (RLS). Eine Veranstaltung der RLS  
19 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**14 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturthaus | Königstraße 15

**18 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 | [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**19 BürgerInnensprechstunde mit MdB Katja Kipping**

Anmeldung unter: 500 6165  
11 - 13 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**20 Neue Reihe im HdB Von Dresden in die Welt: Reiseberichte**

Mit der Transsibirischen Eisenbahn über 9.000 km von Moskau bis nach Peking: Ein Fotovortrag mit Gisela Wedekind  
17 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**21 BürgerInnensprechstunde mit den Stadträtinnen Manuela Sägner und Cornelia Eichner**

Thema: Tierschutz, Kita, Bildungs- u. Sozialpolitik  
17 bis 19 Uhr | Rathaus Plauen | Ratssaal 202, 2. Etage | Nöthnitzer Str. 2

**Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**25 Bürgersprechstunde der OBR Blasewitz und Beratung des Ortsvorstands**

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“  
Breitenauer Str. 17

**Bibliothek der RLS in der WIR-AG**

Martin-Luther-Str. 21  
Öffnungszeiten:  
Di + Mi:  
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr  
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

**Neu in der Bibliothek:**

Jürgen Leibiger: „Wirtschaftswachstum, Mechanismen, Widersprüche und Grenzen“  
Köln 2016, 138 S.

Ständige Termine in der WIR AG,  
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

**Öffnungszeiten des**

**Roten Renners**, Rudolf-Renner-Str. 49  
Telefon: 0351 -48298959

Montag 14.00 - 16.30 Uhr  
Dienstag 11.00 - 17.00 Uhr  
(ab Januar) Mittwoch 14.00 - 16.30 Uhr  
Donnerstag 16.00 - 17.30 Uhr

**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr  
im Haus der Begegnung - Empore

**Wahrheitsflüchtlinge**

Geistig vermörtelt mit Hass auf die DDR  
Flohen Bundespolitiker vor der Wahrheit  
Verfälschten mauerstarken  
Konsumdrang ostdeutscher Wirtschaftsflüchtlinge:  
Er sei politisch

Jürgen Riedel

Wir erfuhren vom Ableben unserer langjährigen Mitstreiterin

**Edith Wagner.**

Edith hatte stets nach Che`s Ausspruch:“ Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ gelebt.

Wir behalten Dich in guter Erinnerung!

Deine MitstreiterInnen der AG Cuba Si Dresden.

Nach langer, tapfer ertragener Krankheit verstarb unser Genosse

**Willy Schulz**

\*09.02.1924 +13.03.2016

Wir verlieren mit ihm einen verdienstvollen, der Sache des demokratischen Sozialismus und unserer Partei eng verbundenen Genossen, dem wir ehrendes Gedenken bewahren werden.

Seine Genossinnen und Genossen der BO Otto Buchwitz

**Sehr herzlich zum Geburtstag im März gratulieren wir unseren GenossInnen**

Peter Ahlfeld, Neustadt  
Ulrich Albrecht  
Janica Beer, Pieschen  
Herbert Berger, Leuben  
Ursula Berthold, Leuben  
Silvana Birkigt, West  
Dr. Siegfried Blum, West  
Gisela Bulla, Blasewitz  
Jona Böhme, Leuben  
Ingrid Böhmer, Nord  
Edeltraud Dreißig, Plauen  
Senta Dörner, Plauen  
Anja Eichhorn, Neustadt  
Elfriede Elsner, Plauen  
Katrin Fleischer, West  
Erna Freund, West  
Jan Funke, West  
Ute Gelfert, Pieschen  
Johannes Gildemeister, Nord  
Stefan Glasewald, Prohlis  
Günter Gläser, Altstadt  
Dr. Birgit Gütersloh, Blasewitz  
Ursula Hahn, Blasewitz  
Nick Hauskeller, West

Ingeburg Heerwagen, Leuben  
Kathleen Henze, Altstadt  
Erika Herbrig, Leuben  
Brigitte Hoffmann, Neustadt  
Horst Jentsch, Leuben  
Heinz Jäckel, Altstadt  
Christa Kafka, Altstadt  
Sigrid Kammel, Altstadt  
Waltraud Karasek, Pieschen  
Hannelore Klier, West  
Bjarne Knöfel, Neustadt  
Dr.-Ing. Bärbel Knöschel, Plauen  
Maximilian Kretzschmar, Altstadt  
Dirk Kring, Altstadt  
Ralf Peter Krämer, Prohlis  
Jana Kunert, Nord  
Sören Kußmann, Nord  
Ursel Kühn, Blasewitz  
Nico Kühne, Plauen  
Erich Lautenbach, Plauen  
Volkmar Lindner Altstadt  
Kathrin Locke, Neustadt  
Andreas Malessa, Neustadt  
Wilfried Markert, Altstadt

Gerhard Martin, Prohlis  
Hans Martin, Blasewitz  
Willy Martin, Plauen  
Erik Matych, West  
Annemarie Michel, Plauen  
Carmen Michler, Prohlis  
Werner Mickel, Altstadt  
Jenny Munsy, Neustadt  
Roland Müller, Plauen  
Dr.-Ing. Peter Naumann, Blasewitz  
Helga Nowaczyk, Blasewitz  
Nico Paul, Pieschen  
Gerda Pietzsch, Altstadt  
Ronny Rehm, West  
Hans Reuter, Altstadt  
Anna Ruhland, Blasewitz  
Eva Rüdiger, Pieschen  
Christoph Sauer, Pieschen  
Juliana Schielke, Altstadt  
Lotte Schmeißer, Blasewitz  
Alice Schmitz, Neustadt  
Dirk Schneider, Neustadt  
Sebastian Schubert, West  
Ursula Schwaar, Blasewitz

Matthias Schwarz, Nord  
Annelies Silbermann, Altstadt  
Siegfried Simon, Plauen  
Gertrud Starke, Blasewitz  
Jörg Stiglich, Nord  
Martin Stein, Neustadt  
Friedrich Steinborn, Blasewitz  
Dr. Joachim Süß, Blasewitz  
Wiebke Tebbe, Neustadt  
Holm Theinert, Nord  
Matthias Trenkler  
Erika Ullrich, Altstadt  
Sven Wachsmuth, Pieschen  
Gisela Wedekind, Altstadt  
Georg Weig, Prohlis  
Hannelore Winkler, Blasewitz  
Irene Witte, Blasewitz  
Albrecht Wolters, Altstadt  
Inge Wächtler, Nord  
Pascal Zielinski, Prohlis  
Ursula Zierz, Blasewitz  
Dr. oec. Jan von Kurnatowski, Plauen  
Cengiz Özkaya, Altstadt

## Neues aus der Rosa Luxemburg Stiftung

# „Fremd“

von Susann Scholz-Karas

Am 20. April, 19.00 Uhr haben wir gemeinsam mit „Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit | Netzwerk für Demokratie und Courage Landeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ Frau Dr. Tatjana Ansbach zu einer Lesung ihres Buches „Fremd“ – Flüchtlinge, Asylsuchende, Zuwanderer in Deutschland“ in die WIR-AG eingeladen.

Dr. Tatjana Ansbach ist seit vielen Jahren als Rechtsanwältin im Spezialgebiet Ausländer- und Asylrecht tätig.

2015 veröffentlichte sie in dem Buch „Fremd“ 15 Erzählungen, in denen sie verschiedene Schicksale von Asylbewerber\*innen und anderen Ausländer\*innen in Deutschland beschreibt. Alle Fälle sind authentisch, natürlich jedoch literarisch bearbeitet. Sie vermittelt in ihren berührenden Erzählungen ein reales Bild, warum Menschen ihre angestammte Heimat verlassen und was ihnen in Deutschland widerfährt.

Das Ziel der Autorin ist es, die Menschen in Deutschland über

## ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Mittwoch | 20. April | 19 Uhr

Lesung und Gespräch

„Fremd“ – Flüchtlinge, Asylsuchende, Zuwanderer in Deutschland

Eine gemeinsame Veranstaltung von Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit | Netzwerk für Demokratie und Courage Landeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage und der RLS Sachsen  
WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21 | 01099 Dresden

das Schicksal und die Schwierigkeiten, mit denen viele Asylsuchende und Ausländer\*innen konfrontiert

sind, zu informieren und Verständnis für deren Probleme zu wecken.

# Eine Nachbetrachtung zum 8. März

von Gudrun Böhmig

Den Frauentag feierten wir wieder, wie bereits seit der Wende üblich, im Haus der Begegnung und mit Ulli Reinsch, begleitet von seiner Gitarre, sangen wir unsere alten Arbeiter-, FDJ- und Kampfeslieder.

Mag die Merkfähigkeit bei dem Einen oder Anderen schon etwas nachgelassen haben, die Texte wussten sie. Geht mancher ehemals flotte FDJ-ler oder manche kesse FDJ-lerin heute mit Stock, gesungen wurde mit der gleichen Begeisterung wie einst am Lagerfeuer, bei den Weltfestspielen oder den zahlreichen Jugendobjekten. Wir sangen nicht nur „Bau auf, bau auf...“ wir taten es mit Spitzhacke und Schippe und die Mädchen waren genauso dabei.

Und später haben wir voll gearbeitet, angestanden, Haushalt und Kinder versorgt und manches Mal auch

Wer eine **E-Mail-Adresse** hat, kann sie gern der Stadtgeschäftsstelle unter **Tel.: 8583801** zukommen lassen. Dann kann man den digitalen Infobrief erhalten, der mit Terminhinweisen und Anregungen sporadisch verschickt wird.

bei unseren männlichen Vorgesetzten um unsere Rechte gekämpft. Neben den offiziellen Frauentagsehrungen wurde der Frauentag in den meisten Kollektiven wirklich gefeiert – gemeinsam mit den männlichen Kollegen, so wie man auch zusammen arbeitete. Die Frauen wurden dabei vielfach mit einem richtigen Blümchen von ihren Kollegen beschenkt, was zu dieser Jahreszeit damals Organisationstalent erforderte.

Solche Gedanken kommen eben beim gemeinsamen Singen und Kaffeetrinken und Erzählen!

Dieses Mal war doch etwas neu an unserer Frauentagsfeier; es gab die „Band GLL“ – Griechenland, Laubegast, Lockwitz, eine neue solidarische musikalische Gemeinschaft. Hoffentlich hält sie und entwickelt sich! Solidarität brauchen wir wieder mehr im Großen wie im Kleinen.

Eigentlich wünschte ich mir, dass unser Stadtverband dem Sinn des Weltfrauentages in der politischen Arbeit mehr Beachtung schenkt; denn die Ziele, warum der internationale Frauentag am 8. März 1910 von den sozialdemokratischen Parteien unter Führung von

Clara Zetkin und Lenin in Leben gerufen wurde, sind noch längst nicht erfüllt.

Innerhalb der EU klaffen die Löhne und Gehälter bei Männern und Frauen bei gleicher Tätigkeit in der BRD am weitesten auseinander. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Frauen werden bei der Beförderung und Übertragung von Leitungsverantwortung trotz entsprechender Qualifikation übergangen. Am Frauentag könnte abgerechnet werden.

In den jungen Familien hat sich gegenüber unserer Zeit vieles zum Guten verändert, wenn man sieht, dass junge Väter ihre Kinder genauso wickeln können, in die Einrichtungen bringen oder holen, Kinderwagen schieben, um den Umgang mit ihren Kindern kämpfen. Es hat sich also gelohnt.

# Cuba Si informiert

von Hannelore Winkler

Die Sammlung vom 03. März im Haus der Begegnung erbrachte folgendes Ergebnis: 10 Kisten Sachspenden in guter bis sehr guter Qualität. 12 Fahrräder, fahrbereit durch AuL und Fahrradersatzteilen für 200 Euro. Besonders bedanken möchten wir uns bei Frau Albrecht für die von ihrem Sanihaus gespendeten 3 Rollstühle und bei Gen. Alfred Müller und Spendern für die zusammengetragenen finanziellen Spenden von insgesamt 330 Euro. Bitte beachtet den nächsten Sammeltermin am 02. Juni 2016, damit der Transporter an diesem Tag voller bepackt nach Berlin gehen kann.

## Infos zu Cuba und der ALBA- und Celak- Staatengemeinschaft

Euch ist das Abstimmungsergebnis der UN- Mitgliedsstaaten zur Aufhebung der Blockade bekannt, wo 191 Mitgliedsstaaten die sofortige Aufhebung forderten und nur die USA und Israel mit ihren Gegenstimmen das Ergebnis sabotierten, genauso wie sie durch ihre Millionen US- Dollar die Destabilisierung von Staat und Regierung Kubas be-

Sammlungen 2016

02. Juni,  
01. September,  
01. Dezember



Spendenkonto:  
DIE LINKE/Cuba Si Dresden  
Ostsächsische Sparkasse Dresden  
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074  
Verwendungszweck:  
„Milch für Kubas Kinder“

absichtigen. Die Ehrlichkeit des Abbaus der gegenwärtigen Eiszeit zwischen der USA und Kuba ist leider nur an derartigen Handlungen abzulesen und wir können alle gespannt sein über das Auftreten des Präsidenten Barack Obamas während seines Besuches am 21./22. 03. in Havanna, ob er Kubas wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Interesse der Bevölkerung wertschätzen wird! Zumal dieses Volk Rechte genießt und Leistungen aufweisen kann, die für viele Länder der Welt ein Wunschtraum sind, trotz jahrzehntelangen Beschränkungen. Dieses Land erarbeitete sich nicht nur in Südamerika und der Karibik Anerkennung, sondern genießt durch seinen Kampf internationalen Respekt.

Herr Kerry, der beabsichtigt hatte, noch vor dem Präsidenten die Insel zu besuchen und in altbewährter Weise einen speziellen Dialog über die Menschenrechte zu führen (oder noch

mehr?), sagte seine Reise ab, denn die Außenministerin Kubas hatte ihrer Freude darüber Ausdruck verliehen, dass gerade Kuba auf diesem Gebiet sehr viel Positives vorweisen kann.

In der bisherigen politischen Arbeit hat wohl jeder von uns erfahren, dass sich nichts bewegt, wenn man sich nicht selbst bewegt! Die Mitglieder der AG werden deshalb den wichtigsten Punkt der 10 notwendigen zur Fortführung der Solidarität mit Kuba zum Gegenstand einer Unterschriftensammlung zum 1. Mai machen, der da lautet: „Wir fordern ein sofortiges Ende der Blockade gegen Cuba und die Entschädigungszahlung an das Kubanische Volk!“

Unterstützt diese Aktion an unserem Stand zum 1. Mai und besucht die Veranstaltungen unserer LINKEN auf dem Alaunplatz! Saludos solidarios!

## Redaktionsschluss 2016

20.04.2016  
18.05.2016, 22.06.2016  
24.08.2015, 14.09.2016  
05.10.2016, 02.11.2016  
30.11.2016

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
www.dielinke-dresden.de  
E-Mail: Linksblatt@web.de  
V.i.S.d.P. Jens Matthis  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Heidrun Angermann, Sarah Buddeberg, Pia Barkow, Gudrun Böhmig, Jens Matthis  
Ursula Zierz  
Fotos: Pixelio.de,  
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,  
Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



# Zwischen Genf und Dublin – eine Chronik des Scheiterns

von Uwe Schaarschmidt

Seit den im Ergebnis des Zerfalls von Staaten rund um das Mittelmeer, des Krieges in Afghanistan sowie dem galoppierenden Erodieren rein praktischer, wie auch politischer Lebensgrundlagen in weiten Teilen Afrikas anwachsenden Flüchtlingsbewegungen ist sie einmal mehr in aller Munde: Die Genfer Flüchtlingskonvention. Übersehen wird dabei allzu oft, was selbige eigentlich regelt: Nämlich keineswegs das Recht auf Asyl, sondern lediglich die Rechte von Flüchtlingen innerhalb des gewährten Asyls. Zwar definiert sie auch Fluchtursachen – die praktischen Regelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen überlässt sie jedoch den Staaten, die der Konvention beigetreten sind. Mit anderen Worten: Die Staaten entscheiden selbst, ob und für wen sie die Tür öffnen – erst bei Aufnahme fallen die Asylsuchenden unter den Schutz der Konvention. Das heißt faktisch auch: Bei festgestelltem Nichtvorliegen von Fluchtgründen – und diese definiert jeder Staat wiederum für sich – verlieren die Betroffenen ihre Rechte.

## Kind des Kalten Krieges

Geschaffen im Jahre 1951 und in Kraft getreten 1954 war die Flüchtlingskonvention dabei ein Kind des Kalten Krieges und bezog sich zunächst auch lediglich auf Fluchtgründe, die sich auf der Basis von Ereignissen ergaben, welche vor 1951 eingetreten waren – und sie bezog sich auch lediglich auf Europa. Als mögliche Fluchtursachen galten Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und politischer Überzeugung. Damit waren vornehmlich jene Menschen geschützt, die aus dem damaligen Machtbereich der Sowjetunion flüchteten. Eine andere Fluchtrichtung gab es damals in Europa schlichtweg gar nicht. Eine Änderung erfuhr die Konvention lediglich im Jahre 1967 mit dem „Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“, welche jede zeitliche Befristung und auch die Beschränkung auf Europa aufhob und damit den politischen Veränderungen seit 1951 (Afrika, Korea, Kuba) Rechnung trug. **Nach wie vor hingegen sind Krieg, Naturkatastrophen und Umweltzerstörung keine Fluchtgründe im Sinne der Konvention.** Dies bedeutet: Für den Großteil der jetzt nach Europa kommenden Flüchtlinge bietet die Konvention im Prinzip überhaupt keinen Schutz. Bestenfalls lassen die Begleiterscheinungen der Bürgerkriege hier eine entsprechende Interpretation zu.

## Europa passt sich an

Der 1993 in Deutschland zwischen CDU/CSU und SPD ausgehandelte „Asylkompromiss“ hat dabei das Grundrecht auf Asyl – welches sich schon bis dahin auf politische Verfolgung beschränkte – noch einmal, bis zur Unkenntlichkeit, geschleift. Durch die „Sichere Drittstaaten-Regelung“ war es selbst Flüchtlingen, die auf Anerkennung hoffen konnten, nun nur noch möglich, per Flugzeug (und hier auch nur direkt aus einem Land, das kein

„sicherer Drittstaat“ ist) oder per Anlandung an den Küsten von Nord- und Ostsee als Flüchtling anerkannt zu werden. Damit hatte sich eines der reichsten Länder der Welt faktisch vollends der aus dem eigenen Grundgesetz resultierenden Verantwortung für Flüchtlinge entledigt und selbige an die Staaten an der Peripherie Europas delegiert. Dies hat sich auch durch das einheitliche Europäische Asylrecht der Dublin-Abkommen bis 2013 nicht geändert – vielmehr wurde sich damit seitens der EU rechtsverbindlich an die deutsche Praxis angelehnt, wenn auch die individuellen Rechte der Flüchtlinge während des Verfahrens vereinzelt, besonders bei minderjährigen Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere, gestärkt wurden.



Foto: Alexander Dreher, pixelio.de

## Fregatten gegen Schlauchboote

Genützt hat all das wenig – und den politischen Entscheidungsträgern war dies auch von Anbeginn klar. Der Aufbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, zuständig nicht nur für die Abschottung der EU-Außengrenzen, sondern auch für die Durchführung von Massenabschiebungen, ging deshalb mit dem Dublin-Prozess einher. Gleichzeitig zahlte die EU auch hunderte Millionen Euro als Türsteherlohn an nordafrikanische Staaten, um den Migrationsdruck auf die europäischen Strände zu mindern.

Mit dem Zerfall des libyschen Staates, der desolaten Lage in Tunesien und dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Irak ist nunmehr eine Situation entstanden, die alles Papier, das zwischen Genf und Dublin beschrieben wurde, alle Milliarden, die ausgegeben wurden, um

jene Menschen, die dem Elends- und Verfolgungsdruck in ihrer Heimat zu entkommen versuchen, von Europa fernzuhalten zu Farce verkommen lässt.

Inzwischen finanzieren EU-Staaten Grenzzäune außerhalb der EU und es patrouillieren auch deutsche Kriegsschiffe in der Ägäis. Fregatten gegen Schlauchboote, Stacheldraht gegen Kinder als Ergebnis einer globalisierten Wirtschaft ohne globalisierte Rechtsordnung. Das einzige, womit man in den marktkonformen Demokratien des Westens hingegen nichts zu tun haben will, ist die Abkehr von der neokolonialistischen Politik und die Einsicht, dass die brutale Wachstumsökonomie (nicht zuletzt des „Exportweltmeisters“ Deutschlands)

sowohl zu entsetzlichem Elend im Süden, als auch zu extremen sozialen Spannungen innerhalb der EU selbst führt. Die sichtbare Hilflosigkeit der Politik, mit den Verwerfungen umzugehen, welche das Kapital – mit Hilfe der Politik – weltweit anrichtet, ist purer Nektar für die extreme Rechte, nicht nur in Europa, die längst und zunehmend erfolgreich damit begonnen hat, gnadenlos die sozial Deklassierten und Verunsicherten in ihren Ländern gegen die am schwersten betroffenen Opfer der neoliberalen Ideologie – die Flüchtlinge – auszuspielen.

Bei Lichte besehen, ist das, was wir als Flüchtlingskrise bezeichnen, nichts weiter, als eine Begleiterscheinung des weltweiten Klassenkampfes von oben. Wo die extreme Rechte in dieser Auseinandersetzung steht, hat sie historisch mehrfach bewiesen. Daran sollte sich nicht nur die Linke gut erinnern – auch das liberale Bürgertum muss sich nun fragen, für welche Werte es wirklich eintreten will. Sich von völkisch-nationalistischem Vaterlandsgeschwafel und reaktionärem Kulturpessimismus anstecken zu lassen, hat der Menschheit unfassbares Leid gebracht. Über Kugeln, Granaten und Gräbern wehten noch immer die Fahnen.

## Der »tiefe Staat« – Gefahr für parlamentarische Demokratie und Zivilgesellschaft auch in Sachsen?

Die demokratisch nicht kontrollierte Verbindungen von Geheimdiensten, anderen staatlichen Institutionen und Strukturen mit Politikern und Gruppen der radikalen Rechten, wie sie u.a. im NSU-Skandal oder der Entstehung von Bewegungen wie PEGIDA deutlich geworden sind, gefährden und unterhöhlen die rechtsstaatlich verfasste Demokratie und ihre Zivilgesellschaft nicht nur in Sachsen. Ziel der Veranstaltung ist es, zu analysieren, wie parlamentarische und zivilgesellschaftliche Akteure dieser Gefahr begegnen und ihr entgegenwirken können.

Buchvorstellung und Diskussion mit **Jürgen Roth**, Journalist und Publizist (u.a. zum „Sachsensumpf“) und MdL **Klaus Bartl**, verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Moderation: MdL **Lutz Richter**, demokratiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Dienstag, 5. April 2016, 17–19 Uhr, Sächsischer Landtag (Raum A 400) Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden